

# ***S-03 NEU: Geschlechtliche Vielfalt - Änderung der Satzung und Statute***

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.01.2019  
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

## **Antragstext**

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt folgende Änderungen in Satzung, Frauenstatut und  
2 Urabstimmungsordnung:

3 **Satzung**

4 **a) Ersetze § 11 Abs. 3 - 5 durch NEU § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“**

- 5 In die Satzung wird ein neuer § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“ aufgenommen. In § 11 werden  
6 die Absätze 3 - 5 entsprechend gestrichen.

7 **NEU: § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“**

- 8 (1) Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches Ziel von  
9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten ist eines der  
10 Mittel,  
11 um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst  
12 so definieren. Dies und weitere Maßnahmen regelt das Frauenstatut.
- 13 (2) Alle Gremien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zu  
14 beschickende  
15 Gremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen, wobei den Frauen bei Listenwahlen  
16 bzw. Wahlvorschlägen die ungeraden Plätzen vorbehalten sind (Mindestquotierung). Die  
17 Wahlverfahren sind so zu gestalten, dass getrennt nach Positionen für Frauen und Positionen  
18 für alle Bewerber\*innen (offene Plätze) gewählt wird. Reine Frauenlisten und -gremien sind  
19 entsprechend  
20 zu mindestens 50 % mit Frauen zu besetzen. Ausgenommen von dieser Regelung ist die BAG  
21 Schwulenpolitik.
- 22 (3) Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung  
23 geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trans\*, inter und nicht-binäre  
24 Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und  
25 Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

26 **b) Ersetze in § 12 Abs. 1 Satz 2 den Text „Parität (mindestens 50% Frauen)“ durch**  
27 **„Mindestquotierung von Frauen“**

- 28 § 12 „Die Bundesversammlung“ lautet nun:

- 29 (1) Die Bundesversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Die Delegierten  
30 werden auf der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung des Kreisverbandes gewählt. Die

29 Kreisverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die **Mindestquotierung von Frauen**  
30 zu  
31 wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Kreisverband gilt folgendes Verfahren: Die  
32 Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 750 multipliziert. Das Ergebnis wird durch  
33 die Zahl der Mitglieder des Bundesverbandes dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen  
34 Zahl gerundet wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall  
35 mindestens 1 betragen muss (Grundmandat). Maßgeblich sind die dem Bundestagspräsidenten  
im  
letzten Jahresrechnungsbild vorgelegten, geprüften Mitgliederzahlen.

## 36 **Frauenstatut**

### 37 **a) Einfügung einer Präambel**

38 Dem Frauenstatut wird eine Präambel vorangestellt.

39 Präambel

40 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches Ziel von  
41 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten ist eines der  
Mittel,  
42 um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst  
43 so definieren.

44 Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung geschlechtlicher  
45 Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trans\*, inter und nicht-binäre Menschen sollen  
46 in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind  
47 dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

### 48 **b) Ersetze § 1 und § 3 durch NEU § 1 „Mindestquotierung“**

49 Die §§ 1 und 3 werden durch den folgenden Text ersetzt. § 3 wird entsprechend gestrichen.

50 § 1 Mindestquotierung

51 (1) Alle Gremien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu  
beschickende

52 Gremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen; wobei den Frauen bei Listenwahlen

53 bzw. Wahlvorschlägen die ungeraden Plätze vorbehalten sind (Mindestquotierung). Die  
54 Wahlverfahren sind so zu gestalten, dass getrennt nach Positionen für Frauen und Positionen  
55 für alle Bewerber\*innen (offene Plätze) gewählt wird. Reine Frauenlisten und -gremien sind  
56 möglich.

57 (2) Sollte keine Frau auf einen Frauenplatz kandidieren oder gewählt werden, bleiben diese  
58 Plätze unbesetzt. Über die Besetzung des offenen Platzes entscheidet die Versammlung. Nur  
59 bei Wahllisten kann die Wahlversammlung den Frauenplatz frei geben. Die Frauen der  
60 Versammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht entsprechend § 4 des Frauenstatuts und  
können  
61 ein Frauenvotum beantragen.

### 62 **c) Ersetze §2 durch NEU § 2 „Versammlungen“**

63 § 2 wird durch den folgenden Text ersetzt:

64 § 2 Versammlungen

65 (1) Präsidien werden **mindestquotiert** besetzt. Die Versammlungsleitung **wird mindestens zur**

66 **Hälfte von Frauen übernommen. Das Recht von Frauen auf mindestens die Hälfte der Redezeit**

67 **ist zu gewährleisten, dazu werden getrennte Redelisten geführt (Frauen/Offen), mindestens**

68 **jeder zweite Redebeitrag ist Frauen vorbehalten.** Ist die Redeliste der Frauen erschöpft, ist

69 die Versammlung zu befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.

70 (2) Diese Regelungen sollen auch für sonstige Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
71 gelten.

72 **d) Ersetze in § 5 Satz 4 das Wort „Mindestparität“ durch „Mindestquotierung“**

73 § 5 „Einstellung von Arbeitnehmer\*innen“ lautet nun:

74 (1) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird als Arbeitgeber\*in die Gleichstellung von Frauen

75 sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte

76 an Frauen vergeben. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden so lange

77 bevorzugt Frauen eingestellt, bis die **Mindestquotierung** erreicht ist. Bei der Vergabe von

78 Aufträgen wird analog verfahren.

79 **Urabstimmungsordnung**

80 **1) Ersetze Satz 3 in § 10 Abs. 4 der Urabstimmungsordnung durch „Es dürfen maximal so viele**

81 **Stimmen auf Bewerber\*innen, die nicht Frauen sind, abgegeben werden, wie offene Plätze zur**

82 **Verfügung stehen; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.“**

83 § 10 Abs. 4 lautet nun:

84 (4) Bei Benennungen von Spitzenkandidaturen nach § 25 Absatz 7 der Satzung kann jede/r

85 Abstimmungsberechtigte so viele JA-Stimmen vergeben, wie Positionen zu besetzen sind. Pro

86 Kandidat\*in kann nur eine Stimme vergeben werden. Der Wahlzettel kann insgesamt mit NEIN

87 oder ENTHALTUNG gekennzeichnet werden. **Es dürfen maximal so viele Stimmen auf**

88 **Bewerber\*innen, die nicht Frauen sind, abgegeben werden, wie offene Plätze zur Verfügung**

89 **stehen; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.**